



## **Ein Plädoyer für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland**

Vier Leitgedanken zu einer aktuellen Problemlage

### **Zuwanderer als künftige Träger von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**

Die große Bereitschaft der im Zuge einer global vielfach verursachten Migrationsbewegung, die sich im Spätsommer 2015 in manchen Regionen zu einer insbesondere Europa betreffenden enormen Flüchtlingswelle ausgewachsen hat, - die Bereitschaft also der unter diesen Umständen zurzeit in Deutschland eintreffenden Menschen, ihrem Aufnahmeland, insbesondere der Bundesregierung, ein bisher fast nicht da gewesenes Maß an Wertschätzung und Dankbarkeit zu zollen, wird sich in Zukunft auch für Staat und Gesellschaft bezahlt machen. Das Land ist auf Zuspruch, Einverständnis und Zufriedenheit seiner Bewohner gerade im Hinblick auf die Bewältigung von Problemen und Aufgaben, die auf Gesellschaft und Individuum, auf Staat und Regierung zukommen, angewiesen, wenn die demokratischen Strukturen, Gemeinsinn, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit weiterhin nicht nur Bestand haben, sondern in der Zivilgesellschaft als Grundlagen und Erscheinungsformen gleichermaßen und damit als existentiell notwendige Elemente des Gemeinwesens erkannt zu werden das entsprechende Format aufweisen sollen, d.h. als Elemente eines Gemeinwesens, das sowohl auf Konfliktorientierung in intellektueller Hinsicht wie auch auf Befriedung und Ausgleich widerstrebender bevölkerungsinterner, zumeist gruppen- wie schichtenspezifischer Wünsche und Interessen hin angelegt ist. Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat, Liberalität, Toleranz, Pluralismus und friedliches Miteinander verschiedener Anschauungen und Lebensformen, all diese Werte und Prinzipien sind in einer Zeit, in der viele Regionen des Globus durch Krieg und Zerstörung in materieller wie auch humanitärer Hinsicht verwüstet sind, terroristische Bewegungen ihr Unwesen treiben sowie rechtsradikale und neofaschistische Gruppierungen ihre Parolen propagieren, keineswegs frei von Anfechtungen und Bedrohungen. Die Demokratie mit all ihren Implikationen wird sich in einer solchen Zeit zunehmender Unsicherheit und Gefährdungen nur behaupten können, wenn sie von einer hinreichend großen Anzahl von Menschen befürwortet wird, und dies nicht nur in intellektueller, auf Einsicht und Vernunft rekurrierender Disposition, sondern auch in emotionaler Hinsicht, d.h. mit einem Engagement, das durch Empfinden für Humanität, Gerechtigkeit und Solidarität gesteuert wird. Es geht um ein System, dessen Werte und Grundsätze sich aus tragenden Elementen der Antike, des Christentums und der Aufklärung speisen, ein System, das sich durch aufgeklärte gegenwartsbezogene Ansätze und Aspekte stets zu ergänzen und zu bereichern versteht, zugleich in Psyche und Bewusstsein einer Mehrzahl der Systemträger, der



Menschen also, präsent ist, ein System, um das Wort noch einmal zu wiederholen, dessen Implikationen das Denken und Handeln eines Großteils der Bevölkerung prägen und das aus diesem Grund, vor allem wegen seiner Verankerung auch in den emotionalen Segmenten und Bezugspfeln größerer Bevölkerungskreise die beispiellose Leistung Deutschlands in humanitärer wie auch materieller Hinsicht, nämlich die Aufnahme einer großen Zahl vor einiger Zeit in Ungarn gestrandeter Flüchtlinge, auch danach die Aufnahme weiterer Menschen in beachtlicher quantitativer Größenordnung möglich gemacht hat. Freude und Begeisterung derjenigen, die nach eigenem Erleben von Diktatur, Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg und Zerstörung jetzt durch entsprechende Entscheidungen der deutschen Regierung, begleitet von der bemerkenswerten Zuwendung, der außerordentlichen Hilfsbereitschaft großer Teile der Zivilgesellschaft, in einem Raum von Schutz und Sicherheit vor Bürgerkrieg und staatlicher Verfolgung haben Zuflucht finden können, - Freude und Begeisterung also werden die emotionale Basis für Anerkennung und Wertschätzung des durch die Bundesrepublik repräsentierten Systems von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abgeben. Diejenigen, die über ihre positiven Erfahrungen mit Deutschland ein Gefühl der Dankbarkeit entwickelt haben und es auch weiterhin ungeachtet mancher Ernüchterung in sich tragen, es ihren Kindern, Freunden und Verwandten weitergeben, werden in Kombination mit gelingender Integration die Prinzipien von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit und die damit verbundenen Werte, denen sie ein glückliches Ende ihrer von ständiger Lebensgefahr begleiteten Flucht aus Krieg, Not und Elend zu verdanken haben, intuitiv und rational gleichermaßen vertreten und gegen menschenfeindliche Bestrebungen verteidigen, die aus unterschiedlichen ideologischen Richtungen kommen können, derzeit eindeutig in der rechtsradikalen sowie neofaschistischen Ecke zu verorten sind. Unter der Voraussetzung erfolgreicher Integration werden die jetzt Glücklichen einst – um es ein wenig zugespitzt auszudrücken – Apologeten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sein.

## **Lebens- und Konsumbedürfnisse von Zuwanderern als ökonomisch wirkende Impulse**

Die Neuankömmlinge erweisen sich, wenn das einmal so praktisch-utilitaristisch ausgedrückt werden darf, auch als Wirtschaftssubjekte. Erst einmal ist die Aufnahme von Flüchtlingen zugegebenermaßen mit nicht unerheblichen Kosten für den Staat, also für Bund, Länder und Kommunen, verbunden, geht es doch zunächst um die Schaffung von lebensnotwendigen Grundlagen, so z.B. um den Aufbau von Zelten, Wohncontainern, um die Gestaltung und Herrichtung von leerstehenden Gebäuden, sodann in mittel- und längerfristiger Perspektive um die Schaffung festen Wohnraumes in neu zu errichtenden Gemeinschaftsquartieren und Mietshäusern, hiermit verbunden um die Einrichtung sanitärer Anlagen, um Installationen in puncto Wasser-

versorgung, Heizung und Licht. Schließlich sind weitere Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang von Auf- und Ausbau großflächiger Wohngebiete in Angriff zu nehmen, man denke an die Schaffung von Zufahrtswegen sowie an Möglichkeiten von Anbindungen an das Netz öffentlicher Verkehrsmittel durch Streckenerweiterungen von Bahn- und Buslinien. Hiermit wird deutlich, dass Betriebe und Firmen zunehmend Aufträge erhalten werden; und mancher Arbeitnehmer, der in den Bereichen Produktion und Dienstleistung vielleicht um seine Anstellung bangt, wird seiner vertrauten Berufstätigkeit weiter nachgehen können, wobei dieser letztgenannte Aspekt keinesfalls in falsch verstandener Euphorie voreilig und vielleicht unzulässig verallgemeinert werden sollte. Für manche Tätigkeiten im Umfeld der Flüchtlinge wird es auch Neueinstellungen geben, werden doch zusätzliche Lehrer, Sozialarbeiter, Betreuer oder auch Mitarbeiter im Bereich der Sicherheitsdienste gebraucht. Insgesamt dürfte die derzeit zumeist ohnehin vorhandene relative Stabilität von Geschäftsinteressen und Ertragslage zumindest weiterer Impulse gewärtig sein, jedenfalls in den Gebieten, wo das Thema einer gewissen, wenn vielleicht auch nur bescheidenen Belebung durch ökonomische Aktivitäten im Kontext der momentan massiven Zuwanderung relevant ist. Zudem lässt sich der Ruf der Wirtschaft nach notwendigen Arbeitskräften insbesondere mit fachbezogener Ausbildung gerade auch für neuere Berufe nicht überhören. Die Tatsache, dass in Zukunft Beschäftigte fehlen, hat vielleicht jetzt bei der Bevölkerung noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit gefunden, der Arbeitskräftemangel wird aber schon mittelfristig wesentlich stärker als bisher zur Geltung kommen und Probleme aufwerfen, über die man sich in der Fachwelt sehr wohl Gedanken macht, die aber das Bewusstsein der Bevölkerung insgesamt noch nicht in dem Maße erreichen, wie es vielleicht im Hinblick auf die Bewältigung zukünftiger Aufgaben notwendig wäre. Viele Flüchtlinge, die ein Leben in Deutschland ins Visier genommen haben, sind in der Regel noch recht jung und insofern in der für sie glücklichen Situation, gerade angesichts des zivilisatorischen Fortschritts auf eine lange vor ihnen liegende Lebenszeit blicken zu dürfen. Unter der Voraussetzung, dass z.T. umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen bei Aufbietung der dafür notwendigen Finanzmittel ins Werk gesetzt werden, könnte sich für einen größeren Teil der in Deutschland weilenden Zuwanderer das Tor zur Arbeitswelt öffnen. Wenn sie in den Bereich von Beschäftigung und Beruf integriert werden, verdienen sie naturgemäß Geld, zahlen Steuern und betätigen sich als Konsumbürger. Damit werden sie wie alle anderen in den Arbeitsprozess Eingebundenen auch zu Elementen ökonomischer Aktivitäten und Prozesse und werden damit eine feste Größe im Wirtschaftskreislauf darstellen und behaupten, um es im Zusammenhang der auch nur knappen Skizzierung ebenso sachbezogener wie nüchterner ökonomischer Strukturen und Abläufe bewusst technokratisch auszudrücken. Mit der Teilhabe am Arbeitsmarkt, der Einbeziehung in ökonomisch wirksames Handeln vollzieht sich für die Migranten auch schon ein Stück Eingliederung in die Gesellschaft, d.h. in soziale Bezugsfelder und gewissermaßen automatisch, unausgesprochen in den geistig-wertebezogenen, kulturellen Horizont der Aufnahmegesell-



schaft, ohne dass es hier – und das sei für den Integrationsprozess allgemein angemerkt - um Zwang und Disziplinierung geht und schon gar nicht darum, dass Menschen womöglich unter dem Deckmantel von Eingliederung ihre Religion sowie angestammte kulturelle Gepflogenheiten oder Bedürfnisse, soweit sie mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar sind, aufzugeben hätten. Um die Integration von Flüchtlingen in die Aufnahmegesellschaft erfolgreich gestalten zu können, bedarf es in absehbarer Zeit mit Sicherheit eines erheblich erweiterten Angebotes an Sprach- und Integrationskursen, die zu besuchen für Migranten ohne hinreichende Kenntnisse bezüglich deutscher Sprache und Landeskunde schon seit Längerem verbindlich ist. Die Sprache des Aufnahmelandes, hier die deutsche Sprache, wird für die in enormer Anzahl augenblicklich nach Deutschland anreisenden Flüchtlinge die Grundlage für die Realisierung ihres eigenen Wunsches und Bestrebens darstellen - sofern sie die Bundesrepublik nicht nur als Transitland für die Weiterreise z.B. nach Schweden nutzen -, sich nämlich im Aufnahmeland, hier also in Deutschland, heimisch zu fühlen.

### **Restriktive „Flüchtlingspolitik“ als Ausgangspunkt zunehmender Gewalttätigkeit in Wort und Tat**

Sollten in Deutschland gesellschaftliche oder politische Kräfte die Oberhand gewinnen, die in der sogenannten Flüchtlingspolitik einen restriktiveren Kurs befürworten, ist im Hinblick auf den Zusammenhalt des Gemeinwesens mit einer nicht unerheblichen Problemkonzentration und -eskalation zu rechnen. Es gibt einen größeren Kreis der Bevölkerung - und dazu dürfte wohl der aufgeklärt gesellschaftskritisch-emanzipationsorientierte Teil gehören -, der sich recht eindeutig für eine an Menschenwürde und Menschenrechten, an humanistischen, auch christlichen Werten orientierte Politik ausspricht. Dagegen steht die vermutlich kleinere Gruppe der „Flüchtlingsgegner“, die zwar politisch unterschiedlich konturierte Personengruppen umfasst, aber in der Argumentation im Wesentlichen doch von rechtsradikalen, z.T. faschistisch anmutenden Parolen und Positionen – zumindest was die öffentliche Wahrnehmung anbelangt - dominiert wird. Beide Hauptgruppen sind mehr oder weniger vielschichtig, zudem gibt es eine sogenannte schweigende Mehrheit und zu ihr gehören die u.a. durch ein Übermaß an elektronischer Berieselung auf scheinbar unpolitische Alltagswelten Fixierten, auch die aufgrund zunehmender Lebenskomplexität und mangelnder Bildungsvoraussetzungen von der Mitsprache und Mitwirkung, schlimmer noch: überhaupt von gesellschaftlichen und damit politisch wirksamen Meinungsbildungsprozessen Abgekoppelten. Mit diesen Ausführungen werden lediglich gesellschaftspolitische Grundtendenzen markiert; Heterogenität und Pluralismus der menschlichen Gemeinschaft hier in Deutschland sind damit natürlich keinesfalls erfasst. Eine eher ausländer- und insofern auch menschenfeindliche sowie bezüglich der EU-Partnerstaaten unsolidarische Politik, wie sie bedauerlicherweise



derzeit von einigen europäischen Ländern insbesondere im Osten betrieben wird, liefe in Deutschland Gefahr, den oben angeführten Gegensatz von „Pro“ und „Contra“ in der sogenannten Flüchtlingsfrage zu verschärfen. Der Konflikt würde seinen Ausdruck in wechselseitigen Angriffen und Beschuldigungen, in weiteren verbalen Entgleisungen billigster Sorte, in Protesten und Demonstrationen, schlimmstenfalls in der Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen auf der Straße finden, er würde mit weiteren Anschlägen und Brandsätzen aufseiten des Rechtsradikalismus ausgetragen, Letzteres im Zuge entsprechenden Aufwindes und einer unter dem Einfluss politischer Restriktionen und Repressionen allgemein wirksam werdenden Brutalisierung der Gesellschaft. Insofern dürfte eine Politik „der ruhigen Hand“ zunächst einmal mit der Bereitstellung dringend notwendiger Finanzmittel zur Linderung der größten Not, mit Aufklärungskampagnen zu Daten und Fakten, vor allem zu den Vorgängen und Prozessen, wie sie kurz- und auch mittelfristig zu erwarten sind, mit einer realistischen Perspektive zur Problembewältigung, auch mit Überlegungen zur Erfolgstauglichkeit von menschengerechten Lösungswegen, die selbst dann zu beschreiten sind, wenn die Zahl der nach Europa und damit nach Deutschland strebenden Menschen die derzeit angestellten Schätzungen noch bei Weitem übertreffen sollte, - insofern also dürfte eine Politik der inneren Überzeugung und Durchsetzungsfähigkeit, vor allem aber der Ausrichtung an den Idealen und Prinzipien der europäischen Wertegemeinschaft das richtige Mittel zur rechten Zeit sein. Generosität und Pazifizierung – nicht immer leicht zu handhaben oder zu realisieren – stellen handlungsbestimmende Optionen menschlichen Verhaltens dar, die als ebenso notwendig wie erfolversprechend zu bezeichnen sind in Bezug auf das, was vor allem humanitär -, „psychotherapeutisch“ im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage als der möglicherweise größten Herausforderung für die Zivilgesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit Blick auf alle Beteiligten zu bewerkstelligen ist. Die gegebene Einschätzung dürfte sich besonders dann als zutreffend erweisen, wenn erwogen wird, welches Maß an Leid, Unglück und Verzweiflung bereits gelindert werden konnte, wie viel Anerkennung und Wertschätzung seitens derjenigen, denen geholfen wurde, Deutschland, zumindest vielen Menschen in Deutschland, zuteilwird und welches Maß an innerer Stabilität des Landes bei einer Wechselbeziehung der eben genannten Aspekte – Generosität und Pazifizierung - mit erfolgreicher Integration sich einzustellen vermag.

### **Erfolgreiche Integration unter dem Akzent „humanisierter“ Bildungsbegrifflichkeiten als Basis eines umfassenden Bewusstseins für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**

Die These, dass sich Islam und Demokratie nicht vereinbaren ließen, ist in Gesprächen und Diskussionen häufig zu vernehmen, sie ist bekannt und keineswegs unpopulär. Vereinzelt wird sie von Moslems selbst vertreten, ist aber als bloße Be-

hauptung ebenso oberflächlich wie für die Gestaltung eines friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen auf demokratischer Basis unergiebig. Auch der theologische Laie wird hier Überlegungen anstellen, wie sich Möglichkeiten schaffen ließen, eine mit einem strengeren Glaubensverständnis ausgestattete Religion auf längere Sicht mit einem Gemeinwesen, das auf Liberalität und Toleranz ausgerichtet ist, in engere Verbindung zu bringen. Das Leben in einer demokratisch strukturierten, aufgeklärten Zivilgesellschaft bleibt mittel- und längerfristig in geistig-intellektueller wie auch emotionaler Hinsicht nicht ohne Auswirkungen auf die Zuwanderer im Einzelnen, damit in der Folge auf ihre Gemeinschaften, ihre familiären Strukturen und gesellschaftlichen Formationen, und dies voraussichtlich auf allen sozialen Ebenen. Die Begegnung der Flüchtlinge mit einer Umwelt, die sich von derjenigen ihrer Heimatländer z.T. nicht unerheblich unterscheidet, mit menschlichen Erfahrungshorizonten, die ihnen bislang unbekannt waren, mit Anschauungen von Kultur, Religion, Politik und Gesellschaft, wie sie sie bisher vielleicht noch nicht wahrgenommen haben oder haben wahrnehmen dürfen, wird auch bei den „Ankömmlingen“ zu Modifikationen, Differenzierungen, gar Veränderungen im Nachdenken über eigenes Selbstverständnis, über das Verhältnis „Umwelt und ich“ führen, auch bei manchem überhaupt zum ersten Mal Impulse zur „Selbstthematisierung“ liefern, - all dies bei jedem Individuum je nach eigenen Möglichkeiten des Reflektierens. Denkprozesse wiederum sind bekanntermaßen eingebettet in politisch, gesellschaftlich, kulturell determinierte Kontexte, bei zahlreichen Migranten in Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizonte, denen kulturpolitisch gesteuerte Zwänge und Restriktionen zugrunde liegen. Die mit autoritären Staats- und Gesellschaftsstrukturen verbundenen oder von ihnen beförderten, in manchen religiösen oder kulturellen Traditionen in einseitigem Weltverständnis und ebenso „unilateraler“ Textauslegung präfigurierten Repressionen, Verbotsstrukturen, Denk- und Handlungsblockaden und die aus solcherart Vorgaben resultierenden Tendenzen der bereitwilligen Unterwerfung und Selbstausbeutung von Menschen stehen den zu Recht Universalität für sich reklamierenden Menschenrechten, dem Streben der Unterdrückten und politisch Verfolgten nach Emanzipation und Gleichberechtigung sowie dem Anspruch des Einzelnen auf Autonomie und Entfaltung der Persönlichkeit diametral entgegen. Nachwirkende Strukturen autoritären Zuschnitts – sie sind in der Regel Folge eines dem Bannkreis offener oder subtiler Unterdrückung und Beherrschung ausgesetzten Lebens –, solche Strukturen aufzulösen oder doch wenigstens zu ihrer Relativierung beizutragen, dürfte sich in Deutschland als prävalentes Element einer im politisch-gesellschaftlichen Raum zwingend Priorität beanspruchenden Integration erweisen. Dabei sollte Integration nicht mit Assimilation, wie es gelegentlich geschieht, gleichgesetzt werden, vielmehr sollte es dem Aufnahmeland darum zu tun sein, Menschen für ein auf Korrelation setzendes Verhältnis zur Umwelt in weitestem Sinne zu gewinnen. Dabei wird sich jeder denjenigen sozialen, kulturellen oder religiösen Bezugsfeldern verpflichtet fühlen, die seinen Interessen entsprechen, wobei aber – und hier sind Aufklärungs-, Lern-



und Bildungsprozesse zu verorten - nach Möglichkeit alle Individuen und gesellschaftlichen Gruppen unter Anerkennung von Interkulturalität und Pluralismus das Weltgeschehen in Richtung von Freiheit, Emanzipation und Gleichberechtigung, auch wenn dies ein wenig pathetisch klingen mag, zu befördern sich als Aufgabe stellen sollten. Die Bewältigung eines solchen Vorhabens kann in durchaus realistischer Perspektive erfolgreich sein, wenn die entsprechenden Diskurse und Auseinandersetzungen wissenschaftlich fundiert, frei von mancher administrativer Einschränkung und ohne Zeitdruck über Jahre und Jahrzehnte hinweg geführt werden, wenn die in der sogenannten westlichen Welt, zumindest in ihren liberalen Ausrichtungen und Existenzformen Selbstverständlichkeit beanspruchenden Methoden und Prinzipien der Weltdeutung, um es allgemein auszudrücken, wie Multiperspektivität und Multi-kausalität, wenn auch die Frage nach polyinterpretablen Zugängen zu Texten und anderen kulturellen Dokumenten allgemeine Verbreitung, insbesondere Gehör bei denjenigen finden, die sich diesen teilweise komplizierten, den Widerspruch immer mit einschließenden Wahrnehmungs- und Interpretationsprozeduren bezüglich menschlicher Ausdrucksformen u.a. in Kunst, Kultur und eben auch Religion bislang nicht vorrangig verpflichtet fühlten.

Gleichwohl, und damit ist ein kulturübergreifender Gesichtspunkt angesprochen: Viele Menschen auch in demokratischen Ländern, so z.B. in Deutschland - und dies betrifft sowohl Einheimische als auch Zuwanderer -, sind von intellektuell geprägten Diskursen abgekoppelt, was mit Sicherheit nicht nur, aber auch auf vielfache Chancenlosigkeit, sich ernsthafte, Aufmerksamkeit sowie Zuwendung registrierende Teilhabe an einer immer komplexer werdenden Welt zu verschaffen, zurückgeführt werden kann, überdies auf einen sich verbreitenden, größtenteils verfehlten Bildungsgedanken, der seit geraumer Zeit schon von Profitinteressen großer IT-Firmen und deren Interessenvertretern im System von Schule und Universität gesteuert wird. Die mit der überaus offensiv geführten Reklame für Digitalisierung beispielsweise in ihrer schulischen, unterrichtsrelevanten Anwendung verbundene Dominanz von Visualisierung und Bildbezogenheit, d.h. eine in Lehranstalten nicht zuletzt über entsprechende Werbekampagnen hineingetragene Fixierung auf die Ausdrucksformen visueller Konkretisierung, die über das verständliche und notwendige Maß zur Veranschaulichung von abstrakten Begriffen und Prozessen z.T. nicht unerheblich hinausgehen, überhaupt die expandierende Nutzung digitaler Gerätschaften, die in der Regel ein enormes Zerstreungs- sowie Illusionspotential in sich bergen, all dies wird gegen Konsequenzen in Form von Verlusterscheinungen nicht gewappnet sein: Mängel in puncto Verarbeitungsfähigkeit von Lektüreeindrücken und -erfahrungen, Schwächen im Zusammenhang differenzierter wie logischer Gedankenführung, vor allem aber abnehmende Bereitschaft sowie Fähigkeit, an Diskursen teilzunehmen, die dem Individuum bisweilen ein hohes Maß an Abstraktionsvermögen abverlangen, damit verbunden, die sich aus manchen Gründen als überlegen erweisende Leistung von Wort, Syntax und Text bedauerlicherweise weitgehend unbeachtet zu lassen, de-



ren regel- sowie kontextkonforme Handhabung vermehrt akademischen Kreisen gewissermaßen als Sachwalter zu überantworten - hier liegen Gefahren, die sich unweigerlich mit weiteren sozialen Segregationen verbinden. Dass ernsthafte und lebensbestimmende gesellschaftliche Zusammenhänge gerade im Zuge einer sich beschleunigenden Verwissenschaftlichung menschlicher Lebenswelt nicht mehr auf das Maß an Wahrnehmungs-, vor allem Verarbeitungskompetenz stoßen, wie es an sich wünschenswert wäre, da sich der Einzelne – wie vielfach dem öffentlichen, insbesondere auch von den Medien „transportierten“ Diskurs über die neusten Entwicklungen in der IT-Branche zu entnehmen ist - seine eigene Welt aus zahlreichen digitalen Versatzstücken „zusammenbastelt“, dass die übergeordneten Sinnzusammenhänge, auch Steuerungsmechanismen ökonomischer, politischer, sozialer, ggf. kultureller Art keinen hinreichenden Resonanzraum in weiten Teilen der Bevölkerung finden, - diese Erscheinungsformen mögen ein Zeichen für den Wildwuchs sein, dem der Individualismus mittlerweile ausgeliefert ist, - für einen Wildwuchs, dessen obrigkeitliche Eingrenzung selbst bei der angedeuteten, sich vermutlich weiter zuspitzenden Ausprägung seiner Absurditäten in einem liberalen Staat keinesfalls erstrebenswert, vielmehr strikt abzulehnen ist, auch wenn er letztlich zu einer Entwicklung führt, die mit den liberalen Prinzipien von individueller Freiheit und Persönlichkeitsentfaltung nur noch sehr entfernt gewisse Affinitäten aufweist. So wird sich die einseitige Fixierung vieler Menschen auf Alltagswissen und Trivialitäten des stets Wiederkehrenden, so verständlich dies bei Erwägung entsprechender Ursachen auch sein mag, weiterhin mit der bereits erwähnten Abkopplung von lebensbeherrschenden, in der Darstellung hochsprachlich, z.T. wissenschaftssprachlich geprägten Zusammenhängen überschneiden. Hier liegen für die Zukunft in ihrer längerfristigen Dimension möglicherweise noch größere Problemfelder als diejenigen, die sich mit der Flüchtlingsfrage derzeit verbinden. Restriktionen und Verbote bieten keinen Ausweg, die Perspektive ist im Bereich der Bildung zu suchen, die in ihrer didaktischen Implementierung vorrangig auf Werte und Dispositionen wie Persönlichkeitsentwicklung, Bewusstseins sensibilisierung, Reflexions- und Kritikfähigkeit, Meinungsbildungskompetenz, auf Werte wie Verständnis und Feingefühl für Ausdrucksformen von Kultur, auf Fähigkeiten wie Selbst- und Fremdre reflexion auszurichten wäre, und zwar ausschließlich im Rahmen von Selbstkorrektur und demokratischen „Selbstreinigungsprozessen“, wenn das einmal so gesagt werden darf, - flankiert vielleicht durch staatliches Handeln, das die erforderlichen materiellen und institutionellen Voraussetzungen schafft.

Norderstedt, September 2015 (Textüberarbeitung Juli 2019)



## **Ergänzung zum Thema „Flüchtlingsfrage“ aus der Perspektive Januar 2016**

Es besteht die Gefahr, dass die ursprüngliche Begeisterung der Flüchtlinge über die wohlwollende Aufnahme in Deutschland im Herbst 2015 einer nicht unerheblichen Ernüchterung weicht, möglicherweise in Missmut, Resignation, gar Feindseligkeit umschlägt, wenn weiterhin rassistische Propaganda, Hasstiraden und Anschläge auf Wohnanlagen von Migranten das gesellschaftliche Klima vergiften. Selbstverständlich tragen auch all diejenigen, die in krimineller Weise in die momentan diskutierten Vorfälle am Kölner Hauptbahnhof und anderwärts während der Silvesternacht 2015/2016 involviert waren, zu entsprechenden ausländerfeindlich gestimmten Reaktionen in der Bevölkerung bei. Gleichwohl: Gelingende Integration dürfte Bedingung, wenn auch nicht gleich Garantie für Gewaltverzicht auf allen Seiten sein. Die deutsche Bevölkerung sollte sich aufgefordert fühlen, durch Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber Migranten, vor allem durch aktive Mitwirkung an den Aufgaben der Integration die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die hiesige Gesellschaftsordnung insgesamt und damit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie humanistische Werte auch zukünftig ebenso intellektuell wie emotional engagierte Träger finden. Nur durch die Aufnahme von Kontakten, durch Bekanntschaften und Freundschaften kann sich auf längere Sicht ein gedeihliches Miteinander der Menschen gerade in einer verstärkt pluralistisch geprägten Gesellschaft entwickeln.

Ein solcher Prozess mit dem Ergebnis einer pazifizierten menschlichen Gemeinschaft liefert das Fundament des gesamten europäischen Wertesystems, das durch kulturelle wie religiöse Einflussfaktoren geprägt, insbesondere aber bekanntermaßen von Errungenschaften der Aufklärung durchdrungen ist, einmal abgesehen von gewissen Rückläufigkeiten und Irritationen, die in dieser Hinsicht derzeit mancherorts bedauerlicherweise zu verzeichnen sind.

Die Bevölkerung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ist letztlich gefordert!

Norderstedt, Januar 2016



## **Die Aufnahme von Flüchtlingen in einer Anzahl ohne Obergrenze bleibt für Deutschland auch 2016 ein kategorischer Imperativ!**

Eine Verlautbarung zu einer brisanten Perspektive

Die Thematik der sogenannten Flüchtlingskrise ist – wie jedermann weiß – seit mehreren Monaten hochaktuell, und so gibt es im wohl immer noch populärsten Massenmedium, nämlich im Fernsehen, derzeit fast keine politisch ausgerichtete Gesprächsrunde, in der die auf Bürgerkrieg, politische Verfolgung, auf Krisen und Zusammenbrüche vor allem im arabisch-afghanischen Raum, um es in geographischer Hinsicht knapp zusammenzufassen, zurückgehende Migrationsbewegung von Menschen in millionenfacher Anzahl nicht angesprochen wird. Die massive Thematisierung der sich aus den Aspekten der aktuellen sogenannten Flüchtlingskrise für größere Bevölkerungskreise in Europa ergebenden Fragen, Sorgen und Ängste ist zu begrüßen, tragen doch die in den entsprechenden Diskussionsrunden auszutauschenden Argumente, trägt der Diskurs über gesellschaftliche Divergenzen und Spannungen, in erster Linie über die im oben erwähnten Gebiet stattfindenden Auseinandersetzungen selbst, das heißt über gewaltsam ausgetragene Konflikte politischer, ökonomischer wie kultureller Art - auch wenn Letzteres zynisch klingt, Problemlösungen bedürfen aber stets der diskursiven Aufklärung - tragen also Streit und Kontroverse in verbaler Dimension bekanntermaßen zur Bewusstseinsbildung bzw. -schärfung in der Zivilgesellschaft bei, und dies ganz besonders im Zusammenhang der vorliegenden Thematik, die in ihrer Brisanz die Aufmerksamkeit großer Teile der Weltbevölkerung erfasst hat. Nur gelegentlich lassen sich in Diskussionsrunden Gesprächsbeiträge vernehmen, die von einem weitverbreiteten, in Nachrichtensendungen, in den Printmedien sowie in politischen Diskussionen stets wiederholten Standpunkt abweichen, von der überaus populär gewordenen Meinung nämlich, die Aufnahme einer größeren Kohorte von Flüchtlingen, einer Anzahl, die sich möglicherweise erneut auf mehrere Hunderttausend bis eine Million belaufen wird, wäre letztlich nicht zu bewältigen. In realistischer Einschätzung der Sachlage, dass die durch soziale Verwerfungen, durch Umweltkatastrophen, vor allem durch Diktatur, Krieg und Bürgerkrieg verursachten globalen Migrationsströme und Fluchtbewegungen sich keinesfalls verringern, schon gar nicht so schnell, dass sie mit Sicherheit eher zunehmen, - in realistischer Beurteilung ebendieses Sachverhaltes sollte sich die Politik auf Planungen, auf die Notwendigkeit von Konzept und Organisation hinsichtlich dessen, was auf Europa und damit auch auf Deutschland zukommen mag, einstellen, in erster Linie die Aufnahmegesellschaft über die in dieser Hinsicht zu erwartende Situation in Kenntnis setzen, sie vor allem auf das Er-